

## **Nordirland vor bildungspolitischer Zerreißprobe**

© Dr. Brigitte Schumann (25.08.2008; eMail: ifenici@aol.com)

**Der Schulfrieden in Nordirland ist aufgekündigt. Die Hälfte der 70 *Grammar Schools* haben Bildungsministerin Caitriona Ruane offiziell den Kampf angesagt, weil sie ihnen den „schleichenden Tod“ verordnet hat. Bis 2013 soll nach den Plänen der Ministerin die sukzessive Umwandlung der *Grammar Schools* in Gesamtschulen abgeschlossen sein. Auch der Frieden in der Regierungskoalition steht auf dem Spiel. Die konservative Regierungspartei DUP will dem mitregierenden Partner Sinn Fein und seiner Ministerin bei dieser Reform die Unterstützung verweigern und die Entscheidung im Parlament zu Fall bringen.**

Ruanes Reformpläne sehen vor, dass sich in diesem Herbst die Zehnjährigen, die im nachfolgenden Jahr eine *Grammar School* besuchen wollen, zum letzten Mal nach dem alten Verfahren einem zentralen Test in Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften unterziehen, während alle anderen Schüler ungetestet automatisch *Secondary Schools* besuchen. Mit dem Ergebnis dieses Tests, der auch als *11-plus* bezeichnet wird, bewerben sie sich bei der *Grammar School* ihrer Wahl. Letztmalig sollen *Grammar Schools* in 2009 sich alle ihre Schüler und Schülerinnen auf der Basis der Testergebnisse aussuchen dürfen. In 2010 soll dagegen der Anteil der Schüler, die nach leistungsbezogenen Kriterien ausgewählt werden, nur 50 %, in 2011 noch 30 % und in 2012 nur noch 20 % betragen. In 2013 soll dann die Trennung zwischen *Secondary Schools* und *Grammar Schools* durch den völligen Verzicht auf Leistungsselektion nach der Grundschule aufgehoben sein.

Die Ministerin hat zwar ihre politischen Ziele wiederholt angekündigt, aber bislang die Legislative nicht mit ihren Plänen befasst, obwohl die Zeit angesichts ihres Zeitplans knapp wird. Sollte Ruane auf Zeit spielen, so wird diese Taktik ihr wohl kaum einen politischen Gewinn bringen. Zu deutlich hat der vormalige Erste Minister der Regionalregierung von Nordirland und ehemalige Parteiführer der DUP, Ian Paisley, die Reform als „absolut unakzeptabel“ gebrandmarkt.

Unterdessen wachsen in der Öffentlichkeit Sorge und rger über die politische Ungewissheit. „Eltern haben Panik. Es gibt derzeit kein anderes Thema für uns als *11-plus*“, berichten Elternvertreter von Elternversammlungen. Der Ruf nach Ablösung der Ministerin wird lauter, doch die angeschlagene Ministerin hat die offizielle Rückendeckung ihrer Partei. „Ihr Vorgehen ist eine Mischung aus Unprofessionalität, Inkompetenz und Arroganz“, befinden selbst grundsätzliche Befürworter der Reform wie Vertreter der gröſsten nordirischen Lehrgewerkschaft

NASUWT. „Außer Ankündigungen hat sie nichts Substantielles auf den Weg gebracht, um Eltern und Lehrer zu überzeugen. Keiner weiß, wie es danach in den Schulen weitergehen soll. Die Lehrer sind überhaupt nicht vorbereitet auf diesen Wechsel. Auch Finanzierungsfragen sind ungeklärt“, beklagen sie.

Während die Ministerin für die Übergangsperiode einen neuen Test entwickeln lässt, haben die „Schulrebell“ den Grundschulen schon im Juni ein Informationspaket geschickt. Darin haben sie ihre Vorstellungen über das zukünftige Aufnahmeverfahren dargelegt, das sie im nächsten Herbst erstmals anwenden wollen. Es hat Ähnlichkeit mit dem alten Test, soll aber in der Regie der *Grammar Schools* selbst durchgeführt und ausgewertet werden. Dass die Ministerin für einen solchen Alleingang rechtliche und finanzielle Konsequenzen angedroht hat, hat sie nicht schrecken können. Für ihren Sprecher, Sir Kenneth Bloomfield, ist die Aktion notwendig und legitim: „Wir sind nicht elitär. Es geht uns um die Anerkennung der Tatsache, dass Kinder unterschiedlich sind. Einige sind theoretisch, andere praktisch begabt. Die Ministerin bietet uns keine befriedigende Alternative an.“

Medienberichten zufolge soll es Eltern geben, die sogar schon den Umzug in die Nähe von *Grammar Schools* planen, um die zukünftigen Aufnahmechancen für ihr Kind im Falle eines Falles zu wahren. Oder sie erwägen, ihre Kinder zu den Großeltern zu schicken, um eine günstige Adresse zu haben, falls demnächst die Wohnortnähe zum Aufnahmekriterium werden sollte. Nach aktuellen Umfragen, die im Auftrag der Konservativen durchgeführt wurden, will angeblich die Mehrheit der Befragten keine Veränderung, darunter auch ein Teil der Sinn Fein Wählerschaft.

Dabei hat die Ministerin gute Gründe für ihr Vorhaben geltend gemacht. Ihre Argumente sind identisch mit denen, die in Deutschland gegen die frühe Selektion angeführt werden. Sie kann sich auch auf Empfehlungen von Gutachterkommissionen berufen. Der nordirische Beauftragte für Kinderrechte findet es zudem unverantwortlich, von einem singulären Test, der zudem in allen anderen Teilen des Vereinten Königreichs längst abgeschafft worden ist, die Bildungschancen von Kindern abhängig zu machen.

Auch die Schulleistungsergebnisse für Nordirland in den PISA-Untersuchungen sprechen für den Verzicht der akademischen Selektion. Wie in Deutschland gibt es eine große Streuung der Schülerleistungen und eine hohe Quote an Bildungsverlierern, die hier wie dort eine Folge der frühen Leistungsaufteilung sind. Erstaunlich ist auch ein weitere Parallele zu Deutschland: Die Vorgängerin von Vernor Munoz im Amt des UN-

Sonderberichterstatters für das Menschenrecht auf Bildung, Katarina Tomasevski, hat 2003 in ihrem Bericht über das nordirische Schulsystem die frühe Leistungsselektion kritisiert.

In diesem ideologisch verhärteten Streit hat der *Northern Ireland Council for Integrated Education* (NICIE), alle Seiten dazu aufgefordert, die kinderrechtlichen Aspekte ins Zentrum zu rücken. Michael Wardlow als Sprecher der Organisation mahnt: „Es ist Zeit anzuerkennen, dass unsere Kinder etwas Besseres verdient haben. Das bisherige System ist ungerecht.“ Er verweist darauf, dass nur 24 % der Arbeiterkinder die *Grammar School* besuchen, aber 85 % der Kinder aus der gehobenen Dienstklasse. Aus Shankill, einem sozial deprivierten Stadtteil in Belfast, haben im letzten Jahr nur 2 % der Kinder den Übergang zur *Grammar School* geschafft.

Den Politikern hält NICIE die bestehenden 63 *Integrated Schools* als Zukunftsmodell für Nordirland entgegen. Sie kennen weder eine Trennung nach Leistung noch nach Konfession. Sie verdanken ihre Entstehung der Elternbewegung „All Children Together“. Diese hat sich schon in den Zeiten des Bürgerkrieges zur Aussöhnung von Protestanten und Katholiken für konfessionsübergreifende Schulen eingesetzt.

Die positiven Wirkungen dieses Schulmodells für Kinder und Jugendliche aus den beiden ehemaligen Bürgerkriegsparteien, die ansonsten in Nordirland immer noch getrennt unterrichtet werden, sind unbestritten. Wenn auch von ihrer Entstehung die *Integrated Schools* zunächst dem Gedanken der Aussöhnung zwischen den Konfessionen und politischen Lagern in Nordirland verpflichtet waren, so haben sie sich weit darüber hinaus zu inklusiven Schulen entwickelt. Als solche sehen sie sich für das gesamte Heterogenitätsspektrum ihrer Schülerschaft verantwortlich und beweisen in ihrer Arbeit, dass sowohl Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen als auch solche mit dem Fähigkeitspotential für *Grammar Schools* willkommen sind und entsprechend gefördert werden.

Eigentlich müsste die Überwindung der bestehenden doppelten Segregation nach sozialen und politisch-religiösen Kriterien das vorrangige Ziel der nordirischen Bildungspolitik werden. Für die demokratische Entwicklung Nordirlands kann es eigentlich nichts Wichtigeres geben als das Miteinanderleben zu lernen, um eine gemeinsame Zukunft zu haben. Genau das hat auch Katarina Tomasevski den Nordiren ins Stammbuch geschrieben, als sie 2003 ihren Bericht über das nordirische Schulsystem verfasste. Sie vermisste eben diese Vision. Wie es aussieht, droht sie schon im Ansatz an denen zu scheitern, die auf protestantischer wie auf katholischer Seite die Bildungsprivilegien der Mittelschicht bewahren wollen.